

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 886846 ppbn d
Telefax: 21 0864

Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zur Krise
in den Beziehungen zwischen
SPD und SED: Ende der Illu-
sionen?

Seite 1

Dr. Liesel Hartenstein MdB
zu Anspruch und Wirklichkeit
der CDU-Umweltpolitik: Töp-
fers ruhmreiche Niederlage.

Seite 3

Heinz Kaiser und Heinz Mehr-
lich zur Forderung, ein Münch-
ner Forschungsprojekt zu
stoppen: Psychopharmaka ge-
gen Panik in Kriegsfällen.

Seite 4

Dokumentation:

Der SPD-Ehrenvorsitzende
Willy Brandt äußerte sich auf
dem Landesparteitag der SPD
Niedersachsen am 16. Septem-
ber 1989 zu den deutsch-
deutschen Beziehungen. Der
Wortlaut

Seite 5

44. Jahrgang / 179

18. September 1989

Ende der Illusionen?

Zur Krise in den Beziehungen zwischen SPD und SED

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.

Nach den jüngsten Ereignissen in den deutsch-deutschen Bezie-
hungen wie im Verhältnis der SPD und der SED und insbesondere
nach der spektakulären Ausladung einer Delegation der SPD-Frak-
tion unter Leitung ihres stellvertretenden Vorsitzenden Professor
Dr. Horst Ehmke, wird nun - teils selbstkritisch, teils schadenfroh -
vom Ende einer gescheiterten Politik gesprochen. Doch nicht der
Dialog-Ansatz ist gescheitert. Die jüngsten Ereignisse markieren
vielmehr das Ende einer Phase von Illusionen - auf beiden Seiten.

II.

Zunächst ist festzustellen, daß durch die dramatische Akzeptanzkri-
se, in die die SED-Führung sich durch eine Politik des Status quo
gebracht hat, auch die Beziehungen zwischen der SPD und der SED
in eine Krise geraten sind. Wenn dies richtig ist, muß die SED-
Führung ihre hausgemachten Probleme lösen und sich in einer
öffentlichen Diskussion mit ihren Bürgern erklären, mit welcher
Politik sie den DDR-Bürgern eine Bleibe-Perspektive anbieten
will. Erst dann ist ein lohnenswerter und in die politische Lan-
dschaft passender Parteien-Dialog wieder sinnvoll.

III.

Es gilt Abschied zu nehmen von Illusionen, von denen hier einige
genannt werden sollten:

- Auf Seiten der SPD konnte erwartet werden, daß die SED-
Führung das praktiziert, was verabredet worden ist, etwa im
wegweisenden Streitkulturpapier von 1987: „Die offene Dis-
kussion über den Wettbewerb der Systeme, der Erfolge und
Mißerfolge, Vorzüge und Nachteile muß innerhalb jedes Sy-
stems möglich sein...“.
- Die SED-Führung - so eine weitere Illusion - ist selbstbewußt
genug, auch Kritik von außen zu ertragen. Auch dies war ver-
abredet, denn im SPD-SED-Streitkulturpapier heißt es: „Kri-
tik, auch in scharfer Form, darf nicht als eine Einmischung in
die inneren Angelegenheiten der anderen Seite zurückgewiesen

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kreislauf-Übersicht
mit wertvollen Informationen
für den Leser



werden". Wenn Abgeordnete des Deutschen Bundestages ankündigen, sie wollten mit der DDR-Führung in aller Öffentlichkeit über die Gründe und die voraussehbaren Folgen ihrer Reform-Verweigerung sprechen, so ist dies offenbar ein Ausladungsgrund - aus der Sicht der SED-Führung.

- Eine weitere Illusion war und ist wohl, daß die SED-Führung in der Lage sein würde, einen Reformansatz zu finden, der sich aus dem eingestandenen Reformbedarf in der DDR ergibt, und Anschluß findet an die Reformentwicklung in den anderen osteuropäischen Staaten.
- Es war wohl eine - vielleicht die gravierendste - Illusion, daß diejenigen, mit denen das streckenweise konstruktive und ergebnisreiche Gespräch geführt wurde, identisch seien mit der SED-Führung. Nun zeigt sich in aller Deutlichkeit (was lange Zeit verdeckt war), daß es in der SED-Führung zwei konkurrierende Gruppierungen gibt, die miteinander ringen: Eine Gruppierung, die auf Beharrung und Abgrenzung - auch vom „Sozialdemokratismus“ dringt und eine andere, die die systemöffnende Kooperation für den einzig zeitgemäßen Ansatz hält. Gegenwärtig scheinen sich die „Abgrenzer“ und „Auslader“ in der SED-Führung durchzusetzen!
- Eine weitere Illusion war wohl - auf beiden Seiten - daß die erhebliche Übereinstimmung in Abrüstungsfragen, die ja auch zu gemeinsamen Empfehlungen geführt hat, für eine ausreichende Grundlage sorgt, um die absehbaren Differenzen in anderen Bereichen zu überdecken.

Auf Seiten der SED-Führung mag die Illusion geherrscht haben, daß sie die SPD instrumentieren könnte - gegen die Bundesregierung.

IV.

Zeigt sich nun in aller Deutlichkeit und Öffentlichkeit, daß die Basis, die man seit 1983 (seit der Internationalen Karl-Marx-Konferenz) gefunden hat, nicht ausreichend war und ist? Die Illusionen schlagen jedenfalls um in Enttäuschung. Dabei darf es nicht bleiben! Die SED-Führung muß ihre Dialogfähigkeit nach außen und nach innen unter Beweis stellen! Beide Seiten müssen nun einen Neubeginn finden. Wenn man so will, müssen beide - SPD und SED - so etwas wie eine Politik der Schadensbegrenzung betreiben, das heißt kein Aktionismus (etwa weitere Besuchsabsagen). Bei der Strategie der Schadensbegrenzung sollte nicht der Dialog abgebrochen, sondern erweitert werden, und zwar sowohl was die Themen wie die Teilnehmer betrifft. Mit allen in der DDR reden - über alles reden und dies mit der größtmöglichen Öffentlichkeit und Offenheit! Ein solcher Dreiklang sollte von der SED-Führung nicht als Mißklang verstanden werden. Allerdings sollte die SED-Führung wissen, daß sie für die nächste Phase des Parteien-Dialogs folgende Vorleistungen erbringen muß:

- Ohne inneren Dialog in der DDR bleibt der Dialog zwischen SPD und SED schwierig, wenn nicht gar unergiebig!
- Ohne innere Reformen in der DDR scheint die SED auf Dauer nicht der richtige Partner zu sein.

V.

Es wäre Jammerschade, wenn unter Bedingungen konstruktiver Ost-West-Beziehungen und der konkreten Aussicht auf baldige Abrüstungsabkommen in Wien wie der Zunahme des systemöffnenden Dialogs und der Kooperation zwischen Ost und West die einstigen Wegbereiter abseits stehen und ihren für die Lage in Europa so wichtigen Beitrag nicht leisten können beziehungsweise wollen!

(-/18.9.1989/vo-ha/rs)

Töpfers ruhmreiche Niederlage

Zu Anspruch und Wirklichkeit der CDU-Umweltpolitik

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB
Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages

Der CDU-Parteitag sollte ein Umweltparteitag werden. Es kam anders. Warum? Erstens drängten Personalien und innerparteilicher Richtungsstreit die Umweltpolitik an den Rand. Zweitens demontierten die Delegierten unter Führung des Wirtschaftsrats und der CDU-Mittelstandsvereinigung das so groß angekündigte Ökologieprogramm Töpfers Stück für Stück.

Die Bilanz ist traurig. Es gibt

- keine Deponieabgabe,
- keine Naturschutzabgabe für Flächenverbrauch (immer noch werden täglich rund 120 Hektar zubetoniert),
- keine CO₂-Abgabe, mit der dem gefährlichen Treibhauseffekt entgegengewirkt und das Signal in Richtung Energieeinsparung gesetzt werden könnte.

Es gibt auch kein Vetorecht des Bundesumweltministers im Kabinett, wie es die Junge Union gefordert hatte. Dafür gibt es bundesweit einen Wasserpfennig, der das Verursacherprinzip auf den Kopf stellt, indem er die Trinkwasserverbraucher (also uns alle) zur Kasse bittet, die Verschmutzer aber dafür belohnt, daß sie ein bißchen weniger verschmutzen. Bei dieser absurden Konstruktion sind die Delegierten - Pikanterie am Rande! - exakt demjenigen gefolgt, dem sie bei den Wahlen heftige Rippenstöße verpaßt hatten, nämlich dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth.

Umweltschutz ist und bleibt eben ein Restposten der CDU-Politik.

Einen „ökologischen Europaplan“ wollte Töpfer entwerfen, der Marktwirtschaft einen ökologischen Stempel aufdrücken. Wäre es ihm gelungen, der Beifall auch der anderen Parteien hätte ihm sicher sein müssen. Aber selbst die zaghaften Ansätze, die in dem Leittrag enthalten waren (siehe oben), wurden erbarmungslos ausgerottet. Damit verkommt der hohe Anspruch zur hohlen Phrase, es erweist sich einmal mehr, daß die CDU zu strukturellen Änderungen nicht fähig ist.

Der Grundsatz: Umweltschädliche Produktion und umweltschädliches Verhalten muß verteuert, umweltfreundliche Produkte und Verhaltensweisen dagegen müssen begünstigt werden - theoretisch auch in der CDU anerkannt! - findet keinen Niederschlag mehr im Parteitagbeschuß. Hier aber geht der Weg lang, wo sonst?

Mit der Pseudo-Perspektive des CDU-Parteitags können die riesenhaften Zukunftsprobleme weder national noch weltweit bewältigt werden. Wie aber sollen wir die Dritte-Welt-Länder überzeugen, daß sie ihre Tropenwälder schonen, ihre Gewässer schützen und einen umweltverträglichen Entwicklungspfad einschlagen sollen, wenn das starke und reiche Industrieland Bundesrepublik nicht mit gutem Beispiel vorangeht?

Besonders peinlich wird die Kluft spürbar zwischen dem hohen ethischen, ja religiösen Anspruch, „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“ wahrnehmen zu wollen und den kleinkrämerischen Beschlüssen der CDU-Parteitagmehrheit.

Die Natur soll nicht nur als Lebensgrundlage des Menschen, sondern um ihrer selbst willen geschützt werden - recht hat der Bundesumweltminister. Aber das Naturschutzgesetz kommt nicht voran, die Staatszielbestimmung im Grundgesetz liegt auf Eis, das Umweltverträglichkeitsprüfungs-Gesetz wird ein schwaches Instrument: eben weil die Parlamentsmehrheit diesen Grundsatz nicht beherzigt. Der Parteitag der CDU hat überholte Positionen festgeklopft und damit den Konflikt „Ökonomie und Ökologie“ verhärtet, statt ihn aufzulösen. Zum Schaden der Natur.

(-/18.9.1989/vo-he/rs)

Psychopharmaka gegen Panik in Kriegsfällen

Zur Forderung, ein Münchner Forschungsprojekt zu stoppen

Von Heinz Kaiser und Heinz Mehrlich
Mitglieder der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Bis 1992 soll an der psychiatrischen Klinik der Universität München der Einsatz moderner Psychopharmaka untersucht werden, die im Kriegs- oder Katastrophenfall angstlösend, schmerzdistanzierend und aggressionshemmend wirken sollen. Dies berichtete jüngst die „Wirtschaftswoche“.

Das Forschungsprojekt soll im Auftrag des Bundesamtes für Zivilschutz erfolgen. Nach Angaben der Zeitschrift erhofft sich der Zivilschutz von dem Forschungsprogramm Kenntnis über die individuelle Belastbarkeit. Die Bundesanstalt für Zivilschutz habe keine Angaben über den Verlauf und die bisherigen Forschungsergebnisse gemacht. Beim Bundesforschungsministerium liege keine Meldung über die Angst- und Panikforschung vor, schreibt Autor Roland Tichy in der „Wirtschaftswoche“.

Wir versuchen nun, über eine Parlamentsanfrage Aufklärung über dieses erschreckende Forschungsvorhaben zu erhalten. Wir sind der Meinung, daß dieses an Aldous Huxleys „Brave New World“ erinnernde Vorhaben an einem Institut des Freistaates umgehend gestoppt werden muß. Wir wollen von der bayerischen Staatsregierung wissen, wie sie die Zielsetzung dieser Auftragsforschung beurteilt und ob sie das Vorhaben im Rahmen ihrer Zuständigkeit für den Katastrophenschutz unterstützt.

Wir wollen wissen, ob es richtig ist, daß auch die individuell unterschiedliche Bewältigung von bedrohlichen Situationen erforscht wird und Persönlichkeitsvariablen entwickelt werden sollen, die entsprechende Voraussagen ermöglichen. Wie es in der „Wirtschaftswoche“ heißt, soll die Beeinflussung von Angstreaktionen durch die Pillen im Versuchsverlauf an gesunden Versuchspersonen überprüft werden.

Schließlich soll die bayerische Staatsregierung zu der von der „Wirtschaftswoche“ zitierten Sorge von Wehrpsychiatern um „chronisch verlaufende politische, wirtschaftliche und ideologische Paniken“ Stellung nehmen. So soll der Hamburger Neurologe und frühere Bundeswehrberater Rudolf Brickenstein die Ansicht vertreten haben, daß „psychische Ansteckung“ auch bei einer Firma drohe, „deren Geschäftsgang langsam immer schlechter wurde und bei der Entlassungen in großem Umfang drohen“. Sofortmaßnahmen bis hin zur Isolierung der Betroffenen seien unumgänglich. Denn der Paniksturm könne niemals gebrochen, sondern allenfalls umgelenkt werden. Brickenstein: „Das gilt sowohl für flutende Menschenmassen wie auch kollektive Untergangsstimmungen zum Beispiel an der Börse.“

(-/18.9.1989/vo-ha/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Zur europäischen Friedensordnung beitragen

Der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt äußerte sich auf dem Landesparteitag der SPD Niedersachsen am 16. September 1989 zu den deutsch-deutschen Beziehungen. Der Wortlaut:

Die Zeichen für Europa - und für die Zukunft der Deutschen innerhalb einer europäischen Friedensordnung - stehen günstiger als noch vor wenigen Jahren. Die DDR wird sich dem weitreichenden Wandel, der im Osten ingange ist, auf die Dauer nicht entziehen können. Geschichtliche Prozesse von solchem Tiefgang kennen allerdings nicht nur gerade und störfreie Wege. Mit Rückschlägen ist also zu rechnen.

Eine Binsenweisheit besagt, daß die deutschen Aussichten - über die Zukunft der Menschen in den beiden bestehenden Staaten - in hohem Maße durch europäische Entwicklungen bestimmt sein werden. Sicher ist auch, daß wirklichkeitsfremdes Gerede über Grenzen das neue Denken im anderen Teil Europas nicht fördern, sondern nur nachteilig beeinflussen kann.

Die deutschen Sozialdemokraten haben durch ihre Politik erheblich dazu beigetragen, daß der Kalte Krieg überwunden wurde. Sie haben sich nachdrücklich darum bemüht, den Zusammenhalt zwischen den Menschen im geteilten Deutschland wachzuhalten. Die Politik der kleinen Schritte hat sich bewährt; aber die Entwicklung führt jetzt über sie hinaus.

Selbstbestimmung und Einheit bleiben parteiübergreifende, nationale Orientierungspunkte. Umso befremdlicher ist die gleichermaßen unsachliche und heftige Polemik, mit der Nachzügler der Entspannungspolitik deren Wegbereiter überziehen. Vernünftigen Interessen dient das nicht.

Weiterreichende Perspektiven ersetzen nicht die gebotene Hilfe für Landsleute, die zu uns in die Bundesrepublik übersiedeln. Gleichzeitig darf die Verbundenheit mit denen, die bleiben und von denen sich viele zurückgelassen fühlen, nicht Schaden leiden. Es gilt wachzuhalten, daß der heutige Osten Deutschlands den Krieg nicht mehr verloren hat als der Westen. Die dramatische Übersiedlungen tragen dazu bei, daß das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands und ihren Menschen wieder als Thema auf der europäischen Tagesordnung erscheint - für viele eine lange verdrängte Möglichkeit.

Nicht nur bundesrepublikanische, auch gesamtdeutsche Interessen gebieten, den Zusammenschluß zwischen den Staaten in Europa zügig voranzubringen. Das gilt bei uns im Westen für den Ausbau der EG. Es gilt nicht minder für die zunächst vor allem wirtschaftliche Verbindung mit den anderen europäischen Staaten, nicht zuletzt den dazu bereiten östlichen Partnern. Für den Schutz der Umwelt sollte ohnehin bald ein gesamteuropäischer Handlungsrahmen geschaffen werden.

Von zentraler Bedeutung sind jetzt jene Verhandlungen, die für unseren Kontinent auf militärische Stabilität bei verminderter Rüstung abzielen. Beide deutsche Staaten sind hieran wesentlich beteiligt. Von beiden wird, bei allen Unterschieden, ein maßgeblicher Beitrag zur europäischen Friedensordnung erwartet.

Die Krise in der DDR entspringt in erster Linie dem mangelnden Vertrauen der Bürger in die politische Führung und deren Institutionen. Diese Krise kann nur durch eine konsequente Öffnung und ernste Reformen behoben werden: Bewegungs- und Meinungsfreiheit, Teilhabe statt Bevormundung. Wandel läßt sich, wie sogar das ferne chinesische Beispiel zeigt, nicht auf das wirtschaftliche Feld beschränken; er drängt auf das Mitwirken mündiger Bürger.

Überall, wo im Osten Meinungsvielfalt zum Durchbruch kommt, beginnen auch sozialdemokratische Ideen und Gruppierungen sich geltend zu machen. Wenngleich Parteigründungen nicht auf der Tagesordnung stehen, wird man sich in Ostberlin vor der Fehleinschätzung zu hüten haben, traditionelle Werte und in die Zukunft weisende Gedanken des demokratischen Sozialismus würden um die DDR einen Bogen machen.

In praktischer Hinsicht wird davon auszugehen sein, daß eine auszubauende deutsch-deutsche Zusammenarbeit und die verstärkte Teilnahme der DDR an europäischen Vorhaben sich für die vor uns liegende Zeit als hilfreich erweisen können.

Wenn die Teile Europas enger zusammenrücken, stellt sich die Frage, unter welcher Art von Dach sich die Deutschen solcher Aufgabengebiete werden annehmen können, auf denen sie mehr als andere gemeinsam haben. Zunächst bleibt offen, wann und wie weit die beiden jetzt bestehenden Staaten in ein wesentlich engeres Verhältnis als bisher zueinander werden treten können.

Geschichtliche Erfahrung und Folgewirkungen des Zweiten Weltkrieges sprechen dafür, daß hierüber nicht durch die Deutschen allein zu entscheiden sein wird. Wer anderes vorgaukelt, versündigt sich an unserem Volk. Aus dieser Einsicht folgt für mich weder Pessimismus noch Resignation, sondern die Pflicht zu noch engerer Verbindung der deutschen mit den europäischen Fragen.

(-/18.9.1989/vo-he/rs)

* * *